

# Willkommen im neuen Europa?

**EU-RECHT** Aufenthaltsgenehmigung ja, Arbeitserlaubnis nein – so leben immer mehr Bulgaren in Mainz und Wiesbaden

Von Nadja Baran

**MAINZ/WIESBADEN.** „Meine Haus in Bulgarien ist viel größer, als dies hier!“, sagt der zwölfjährige Alexander in gebrochenem Deutsch. Auf etwa 30 Quadratmetern lebt der Bulgare mit türkischen Wurzeln mit seinen Eltern in der Mainzer Neustadt. Ein Zimmer hat Alexander hier nicht, er schläft auf einer Pritsche zwischen Spülbecken und Kühlschrank. An seinem Bettende liegt eine Deutschlandflagge, ein Überbleibsel der vergangenen Fußball-EM.

**ZUWANDERER**

... aus Bulgarien und Rumänien stehen heute im Blickpunkt. Laut geltendem EU-Recht dürfen sie hier leben, aber nicht arbeiten. Die Folge sind teils katastrophale Wohnverhältnisse auf der einen, überforderte Kommunen auf der anderen Seite. Künftig, so befürchten viele Städte, könnte sich die Situation sogar verschärfen: wenn die Gerichte den Zuwanderern Sozialleistungen zusprechen – was noch mehr Menschen nach Deutschland locken könnte.

Seit diesem Jahr geht Alexander in eine Schule in Wiesbaden. Dem Unterricht kann er kaum folgen, Freunde hat er noch nicht viele. Trotzdem möchte er hier leben – und arbeiten. Seine Eltern meinen, er soll es einmal besser haben als sie.

Vor etwa einem Jahr ist die Familie aus Bulgarien nach Deutschland ausgewandert. „In Bulgarien gibt es keine Arbeit“, sagt Georgo, Alexanders Vater. „Man hat Hunger, man müsste Diebstahl begehen, aber wo soll das hinführen?“ Als EU-Bürger haben sie das Recht auf Freizügigkeit und dürfen in jedem EU-Staat leben. Doch arbeiten dürfen die Menschen aus den jüngsten EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien in Deutschland nur eingeschränkt. Selbst unqualifizierten Arbeiten dürfen sie nicht nachgehen. Georgo hat sich daher selbstständig gemeldet.

In Wirklichkeit versucht er, sich mit Schwarzarbeit durchzuschlagen. Mehrere Wochen hat er auf der Baustelle des Mu-



Alexander (12) wohnt mit seiner Familie in der Mainzer Neustadt auf 30 Quadratmetern. Aus dem Fenster blickt er auf Bahntrassen und Sperrmüll. Seine Zukunft sieht er dennoch hier.

Fotos: Sascha Kopp

seums in Wiesbaden für einen jugoslawischen Subunternehmer gearbeitet. 2200 Euro sollte er für die Arbeit bekommen. Das Geld habe er nie gesehen, sagt er. „Ich war sogar bei der Polizei. Die haben die Namen aufgenommen, aber passiert ist nichts.“ Gut vier Monate ist das her. Gleichzeitig müsse die Familie 500 Euro Miete bezahlen.

Frage. „Mal sehen“, meint Georgo, „heute rede ich mit einem, der vielleicht einen Job für mich hat.“

2011 waren offiziell 4911 Bulgaren in Rheinland-Pfalz gemeldet, dreimal so viele wie noch vor fünf Jahren. In Hessen lag die Zahl sogar bei 14756, Tendenz steigend. Dabei ist selbst für die Städte oft völlig schleierhaft, unter welchen Umständen die Osteuropäer hier leben. Staatliche Unterstützung oder Sozialleistungen bekommen die wenigsten. Viele Bulgaren haben keine reguläre Arbeit, sind ohne Krankenversicherung, ohne Sprachkenntnisse und von der deutschen Bürokratie überfordert. Die Kinder sind nicht gemeldet, gehen teilweise nicht in die Schule. Um an Geld zu kommen, bleibt vielen nur das, was ihnen die Wertstoffe vom Schrottsammeln einbringen – oder Schwarzarbeit. Zurück in ihre Heimat gehen sie trotzdem

nicht. Sie wünschen sich Arbeit, Bildung und eine bessere Zukunft für ihre Kinder in Deutschland.

In Wiesbaden sind aktuell 2021 Bulgaren gemeldet. Die Ärmsten wohnen in Mainz-Kastel – wie Zisan und ihre Familie. Vor ein paar Wochen konnten sie die Miete nicht mehr bezahlen, da hat der Vermieter Zisan, samt Kleinkind, Mann und Mutter auf die Straße gesetzt. Jetzt wohnen sie bei Zisans Bruder. Zisans Tochter ist 13 Monate alt. Ihre Mutter Donka und Zisan machen sich große Sorgen um das Kind: „Sie ist zu klein, nicht richtig entwickelt und isst kaum“, sagen die Frauen. „Wir waren beim Arzt, aber der hat uns nur Tabletten gegen Fieber verschrieben“, berichtet die Großmutter. Anders als Deutsche sind Bulgaren im EU-Ausland nicht krankenversichert, ein Problem des bulgarischen Systems. Hinzu kommt, dass

viele osteuropäische Migranten schlecht über ihre Rechte und Pflichten in Deutschland informiert sind. Der Arztbesuch hat die Familie 35 Euro gekostet. Geld, mit dem Zisan eigentlich Essen kaufen wollte. Sie halte das Hungern aus, sagt sie. „Aber

was ist mit den Kleinen?“ Donka hat keine Träume mehr: „Großes Europa, schönes Deutschland“, sagt sie. Ihre blauen Augen füllen sich mit Tränen: „Aber was bringt mir das?“ Sie möchte bald zurück nach Bulgarien, sobald sie etwas

Geld zusammen hat. Ihr Tochter, der Mann und ihr Enkelkind werden bleiben.

Übersetzung: Tibet Kilincek

Ein Video zum Thema unter [www.allgemeine-zeitung.de](http://www.allgemeine-zeitung.de)

**Video**

erzählen sie, für eine Unterkunft ohne Heizung. Im etwa zehn Quadratmeter großen Wohnzimmer ist es trotzdem brütlend heiß. Ein Feuer lodert im kleinen Holzofen. Holz kostet nichts.

So haben sie sich das Leben in Deutschland nicht vorgestellt, sagt Georgos Frau. Aufgeben und nach Bulgarien zurück, das kommt für sie trotzdem nicht in



Alexanders Schlafplatz ist eine Matratze in der „Küche“. Seit einem Jahr lebt er mit seiner Mutter (im Bild) und seinem Vater in Deutschland.

## Die Städte haben Angst vor einer Sogwirkung

**ZUWANDERUNG** Kommunen schon jetzt überfordert – Sozialleistungen könnten noch mehr Menschen anlocken / Städtetag sieht Bund in der Pflicht und fordert Finanzhilfe

**MAINZ/WIESBADEN** (nab). Immer mehr Bulgaren und Rumänen sind in den vergangenen Jahren in deutsche Städte gezogen – Tendenz weiter steigend, auch in Rhein-Main. Eine Arbeitserlaubnis bekommen die Zuwanderer aber nur unter bestimmten Voraussetzungen, unqualifizierten Beschäftigungen dürfen sie offiziell nicht nachgehen.

„Grundsatzurteil wäre gut“

Die Folgen sind „prekäre Lebensverhältnisse“, sagt Juliane Stephan, die an der Mainzer Johannes Gutenberg-Universität über „Minderheitenrechte in der EU“ promoviert. Um Geld zu verdienen, sammeln viele Zuwanderer Schrott oder arbeiten schwarz. Schon jetzt „eine irre Konstellation, die wieder auf die EU-Ebene zurück müsste, weil die Kommunen nicht allein damit fertig werden“, sagt Nico Klömann, Ortsvorsteher der Mainzer Neustadt. Und die Lage könnte sich weiter zuspitzen. Denn werden den Zuwanderern Sozialleistungen zugesprochen – von denen sie bisher weitestgehend ausgeschlossen sind –

könnte das eine Sogwirkung haben, befürchten viele Kommunen. Entsprechende Einzelfallentscheidungen hat es bereits gegeben, zuletzt am Mittwoch. „Wir hätten gern ein Grundsatzurteil gefällt“, sagt der Vorsitzende des Bundessozialgerichts in Kassel, Thomas Voelzke. Doch die bulgarischen Kläger, die die Leistungen jetzt bekommen, seien Ausnahmen gewesen – weil sie nicht

nur zur Erwerbssuche nach Deutschland gekommen waren. Ein Grundsatzurteil sei erst möglich, so Voelzke, „wenn sich ein Kläger darauf beruft, dass die deutsche Regelung gegen europäisches Recht verstößt“.

Doch so sehr die Städte auf eine einheitliche Regelung hoffen – „bisher muss jeder Einzelfall geprüft werden, ein enormer Aufwand für die Ämter“, beklagt

Axel Imholz, Sozialdezernent der Stadt Wiesbaden – so sehr fürchten sie andererseits, dass den Zuwanderern grundsätzlich Sozialleistungen zugesprochen werden. „Natürlich haben die Städte Bedenken, dass dadurch noch mehr Menschen kommen – dann werden auf uns große Kosten zukommen, die wir jetzt schon kaum bewältigen können“, sagt Peter Weigand, Leiter des Ordnungsamtes Offenbach. Nicht nur in seiner Stadt, in Mainz und in Wiesbaden sei das Thema präsent, sondern bundesweit.

Für den Deutschen Städtetag befasst sich Weigand als Mitglied einer speziell eingerichteten Arbeitsgruppe mit dem Thema „Zuwanderung der Menschen aus Rumänien und Bulgarien“ – und diese fordert nun Hilfe vom Bund. Die Gruppe will ein Positionspapier an das Berliner Ministerium für Arbeit und Soziales sowie an das Innenministerium auf den Weg bringen und Geld für „Clearingstellen“ verlangen. Dort sollen alle Fäden – wie die von sozialen Institutionen, Beratungs- und Migrationsstellen – zusammenlaufen. Außerdem soll eine Krankenversicherung Vo-

raussetzung für die Einreise nach Deutschland werden. Die meisten Bulgaren und Rumänen seien im Ausland nicht krankenversichert. Die Kosten für Krankenhilfe tragen die Kommunen. Zudem fordert der Städtebund Auffangklassen in den Schulen. „Viele Kinder steigen in die Klassen ein, können kein Wort Deutsch. Eine Teilnahme am Unterricht ist nicht möglich“, erklärt Weigand. Für diese und andere Maßnahmen soll der Bund den Kommunen einen Topf aus Steuergeldern zur Verfügung stellen. „Offenbach hat die EU-Erweiterung nicht vorangetrieben. Und es kann nicht sein, dass wir durch die Folgen an den Rand der totalen Pleite getrieben werden.“

„Ein Ticket und das war’s“

Im Bundesinnenministerium weiß man zwar von „teilweise erheblichen Problemen in bestimmten Städten“, wie ein Sprecher sagt. Man werde sich „in Kürze“ auch in einer „Bund-Länder-AG“ damit befassen. Grundsätzlich jedoch sei den Problemen vor allem „durch Integrationsinitiativen oder polizeiliche und ordnungsrechtliche Maß-

nahmen vor Ort zu begegnen“. So handhabt es mittlerweile die Stadt Frankfurt: Dort dürfen Roma, Sinti und Bulgaren in Notunterkünften nur noch eine Nacht bleiben – Ausnahmen sind Notisituationen wie bei Hochschwängeren. „Danach bekommen sie von uns noch ein Ticket gekauft und das war’s“, sagt eine Sprecherin des Sozialdezernats. Je mehr man als Stadt bietet, desto mehr Menschen bekäme man schließlich, fügt sie hinzu.

Im Frankfurter Stadtteil Bockenheim hatten Anwohner sogar schon einen Protestbrief an den Ortsbeirat geschrieben. Es ging um ein Gebäude mit Hinterhof, der „notdürftig hergerichtet wurde und als Wohnraum für mehr als 50 Menschen dient.“ Man sei „in großer Sorge um die Wohnqualität, die Sicherheit und das Image unseres Stadtteils“. Der Magistrat führte mit den zuständigen Behörden daraufhin eine Ortsbegehung durch. Einige als Wohnungen genutzte Gebäude wurden geschlossen. „Die Situation hat sich deutlich gebessert“, meint Christian Riethmüller, einer der Verfasser des Protestbriefs. „Es wohnen jetzt weniger Menschen hier.“

**RECHTSLAGE**

► Seit 2007 gehören Bulgarien und Rumänien zur **Europäischen Union**. Im Gegensatz zu anderen EU-Bürgern gilt für Bulgaren und Rumänen in Deutschland und Rumänien ein **eingeschränktes Arbeitnehmerfreizügigkeit** – bis zum 1. Januar 2014. Sie dürfen sich in Deutschland aufhalten, haben aber nur einen beschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Um legal arbeiten zu dürfen, brauchen sie daher eine Arbeitserlaubnis. Diese erhalten sie, wenn ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt und kein inländischer Arbeitnehmer zur Verfügung steht.

► Unqualifizierten Tätigkeiten wie im **Bau** oder bei **Reinigungsdiensten** dürfen sie nicht nachgehen, Ausnahmen sind Schauspielergehilfe, Au-Pair und Haushaltshilfe.

► Da die Zuwanderer eigens zum Zweck der Arbeitssuche eingereist sind, haben sie keinen Anspruch auf **Sozialleistungen**.

